Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 77 (1983)
Heft: 9

Rubrik: Zeichen der Zeit : Chile am 11. September

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Chile am 11. September

Zehn Jahre einer Tyrannei

Am 11. September jährt sich in Chile zum zehnten Mal der blutige Staatsstreich gegen die demokratisch gewählte Volksfrontregierung unter dem sozialistischen Staatspräsidenten Salvador Allende. Noch immer sind sie in Amt und Würden, die Mordbuben in Uniform, die damals, angeführt vom Heereskommandanten Augusto Pinochet, die Staatsgewalt an sich rissen. Sie tragen die Verantwortung für 150'000 Chileninnen und Chilenen, die in Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt wurden, für 200'000, die ins Exil mussten, für 10'000, die sie umbringen liessen.

Die nackte Gewalt dieses Terror- und Folterregimes fand ihre Fortsetzung in der strukturellen Gewalt, mit der das Kapital gehätschelt und die arbeitenden Massen ausgebeutet wurden: Die Junta hob alle Beschränkungen für ausländische Kapitalinvestitionen auf. Die 400 vom Staat verwalteten Unternehmen verschacherte sie zu Schleuderpreisen an Private. Von dieser «Reprivatisierung» profitierten die drei grossen Kapitalgruppen (Cruzat-Lorrain, Vial und Matte), die heute die Hälfte der wichtigsten Aktiengesellschaften kontrollieren. Milton Friedmann war der neue ökonomische Prophet, dessen monetaristischen Rosskuren einem wehrlosen Volk aufgezwungen wurden. In Zusammenarbeit mit dem nordamerikanischen «Institut für freies (!) Gewerkschaftswesen» erliess das Regime den «Plan laboral», der Streiks und Gesamtarbeitsverträge untersagte.

Die ökonomische Sumpfblüte, die bürgerliche Medien um 1980 als «chilenisches Wirtschaftswunder» feierten, war von Anfang an mit Repression, hoher Arbeitslosigkeit und massivem Lohnabbau erkauft worden. Das «Wunder» blieb auch nur von kurzer Dauer. In den letzten zwei Jahren verfiel Chile der grössten Rezession in ganz Lateinamerika: Das Bruttosozialprodukt verringerte sich um 14 Prozent, die Inflationsrate überschritt 30 Prozent, die Reallöhne sanken um 27 Prozent, und jeder Dritte wurde arbeitslos. Die Auslandschulden betragen heute 18 Milliarden Dollar; das Land ist damit pro Kopf der Bevölkerung mehr verschuldet als das am Rande des Bankrott stehenden Mexiko.

Selbst die Kleinunternehmer und Gewerbetreibenden der Mittelklasse, einst Pinochets Stütze im gnadenlosen Klassenkampf gegen die Arbeiterbewegung, wenden sich von der Militärdiktatur ab, und sei es auch nur, weil sie ihre Ersparnisse schwinden sehen. Das Volk hört auf die CTC (Confederación de Trabajadores del Cobre), den grössten chilenischen Arbeiterverband. In ihm sind die Bergleute der Kupferminen organisiert, die mehr als die Hälfte der chilenischen Exporterlöse einbringen. Seit dem 11. Mai 1983 ruft die CTC monatlich zu einem landesweiten Protest auf, der von immer grösseren und entschlosseneren Volksmassen befolgt wird. In den ersten Augusttagen ist eine «Demokratische Allianz» entstanden, der Christlichdemokraten, Konservative, Sozialdemokraten, Radikale und Sozialisten angehören. Sie leistet dem Diktator mutig Widerstand und fordert seinen Rücktritt.

Gezählt sind die Tage der Tyrannei. Pinochet versucht zwar noch, den starken Mann zu mimen. 23 Tote, Hunderte von Verwundeten und Tausende von Verhafteten hat es allein während der vier nationalen Protesttage bis heute gegeben. Um weitere regimefeindliche Demonstrationen zu verhindern, droht der Juntachef gar mit einer «Wiederholung des 11. September 1973». Wollte er seine Drohung wahrmachen, so würde er dadurch seinen Niedergang erst recht beschleunigen und auch in der Armee auf Ablehnung stossen.

Entlarvendes Demokratieverständnis — auch bei uns

Chile ist mitten unter uns. Die Tragödie der chilenischen Demokratie kann sich überall wiederholen, wo das Besitzbürgertum seine Privilegien bedroht sieht. Sie wiederholte sich vor zehn Jahren bereits in den Köpfen bürgerlicher Redaktoren und Journalisten, die nach kurzer Schamfrist dazu übergingen, den gewaltsamen Umsturz in Chile zu rechtfertigen. Was in diesen Köpfen sich abspielte, kann morgen auch unsere Demokratie gefährden. Der französische Politologe Maurice Duverger verwies auf den historischen Zusammenhang: «Die Kommune von 1871, die Faschismen der dreissiger Jahre und die Pressekommentare auf den Putsch in Chile zeigen, dass die europäische Rechte in gleichen Umständen analog reagieren würde. Und sie hätte zweifellos die gleiche Unterstützung von seiten der Militärs» (zit. nach TA vom 29. September 1973).

Die NZZ schrieb am 13. September 1973: «Die putschenden Generäle haben die Konsequenzen aus dem politischen und wirtschaftlichen Niedergang gezogen.» Es folgte kein Wort des Bedauerns über diesen Verfassungsbruch gegenüber dem, wie es in derselben Ausgabe hiess, «skrupulös die Legalität befolgenden Staatschef». Die «Zürichsee-Zeitung» sprach am 24. Oktober 1973 gar von einer «Lebensgefahr», in die Allende das Bürgertum gebracht habe. Das Blatt stellte die verständnisvolle Frage: «Kann irgend jemand auf der Welt es dem Bürgertum verargen, wenn es in dieser von niemandem bezweifelten Lebensgefahr zur Notwehr griff?» In grotesker Umkehrung des historischen Sachverhaltes zog der «Trumpf Buur» nach: «Allende wird in die Weltgeschichte eingehen als ein Musterbeispiel dafür, dass Marxismus und Demokratie unvereinbar sind wie Feuer und Wasser» (TA vom 19. Oktober 1973).

«Warum rechnet man den chilenischen Offizieren nicht das hoch an, was die deutschen nach 1933 gesollt und nicht getan haben?» — diese ungeheuerliche Parallele stand am 14. Januar 1974 im christlichdemokratischen Zentralorgan «Vaterland» zu lesen, das auch in seinen übrigen Kommentaren das Opfer zum Täter, Allende zum Verantwortlichen für die Militärdiktatur stempelte. Und das Zürcher «Pfarrblatt» veröffentlichte den Brief eines Bischofs Polidor aus Chile, der den Junta-Generälen attestierte, sie seien «musterhafte Katholiken, die immer sagen: Mit Gottes Hilfe, mit dem Beistand der göttlichen Vorsehung hoffen wir ein neues Chile aufzubauen auf den Trümmern einer dreijährigen marxistischen Regierung» (zit. nach «Zürcher AZ» vom 12. Dezember 1973).

Die Gründung der «Christen für den Sozialismus» als Protest

Es war diese Reaktion der bürgerlichen und christlichen Rechten, die uns damals als Christen und Sozialisten radikalisierte. Die Gründung der «Christen für den Sozialismus» in der Schweiz wurde zum Akt der Solidarität mit den chilenischen Freunden, zum Protest auch gegen «die Komplizenschaft zwischen Teilen unseres Bürgertums und der chilenischen Militärjunta», wie es in der «Programmatischen Skizze für eine CfS-Gruppe Schweiz» vom 29. Mai 1975 hiess. Und weiter schrieben wir in

diesem Text: «Die Gründung von CfS in der Schweiz wird daher zunächst einmal veranlasst durch diese Provokation gegenüber den chilenischen Demokraten.» Die Provokation hat noch immer nicht aufgehört. Noch immer ist die offizielle Schweiz nicht bereit, dieselbe grosszügige Asylpolitik, die sie gegenüber Flüchtlingen aus Oststaaten praktiziert, auch auf Flüchtlinge aus Chile und andern lateinamerikanischen Ländern anzuwenden. Noch immer bemüht sich unsere Regierung an vorderster Front um die «Konsolidierung der chilenischen Schulden». Und noch immer wird Chiles Armee mit Mowag-Fahrzeugen und SIG-Sturmgewehren ausgerüstet, heute — unter Umgehung des Kriegsmaterialgesetzes — mit Lizenzen, die es erlauben, das Kriegsmaterial in Chile selbst herzustellen. Die bürgerliche Mehrheit in Regierung und Parlament hat offensichtlich nichts dazugelernt.

Lehren aus der chilenischen Tragödie

Welche Lehren ziehen wir als Christen und Sozialisten aus der chilenischen Tragödie? Ich möchte versuchen, anhand der Ereignisse der letzten zehn Jahre in und um Chile die drei folgenden Thesen zu begründen und zu veranschaulichen:

1. Kapitalismus und Demokratie sind letztlich unvereinbare Gegensätze.
2. Die politisch neutrale Armee gibt es nicht.
3. Die katholische Kirche ist (noch) keine zuverlässige Sachwalterin der Demokratie.

1. Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie

Chile am 11. September 1973 zeigte einmal mehr, dass die bürgerliche Demokratie nur solange funktioniert, als sie sich nicht gegen das Kapital richtet. Vor die Wahl zwischen den eigenen ökonomischen Interessen und der Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung gestellt, entscheidet sich das Kapital regelmässig zu seinen Gunsten und gegen die Demokratie. Demokratische Wahlen verkümmern infolgedessen zum Bestätigungsritual der bestehenden Ordnung. Eine Demokratie, in der nämlich alles zur Wahl steht, nur nicht der Übergang zum Sozialismus, ist keine mehr, auch wenn diese Erkenntnis erst einem Volk bewusst wird, das wie das chilenische am friedlichen und demokratischen Weg zum Sozialismus durch gewaltsame und undemokratische Methoden gehindert wird.

Im Fall Chiles bedeutet die Kapitalabhängigkeit des politischen Systems zugleich eine Abhängigkeit von den Kapitalmetropolen in den USA. Die US-Regierung bekämpfte von allem Anfang an die Unidad Popular und schloss nur gerade eine bewaffnete Intervention amerikanischer Truppen wie 1965 in der Dominikanischen Republik aus. Dies geht wörtlich aus einem — durch Indiskretion bekanntgewordenen — Telegramm des amerikanischen Aussenministeriums hervor, das unmittelbar nach der Wahl Allendes dem US-Botschafter in Santiago die Vollmacht erteilte: «to do all the possible — short of a Dominican-Republic-Type of action — to keep Allende from taking power». Das sozialistische Experiment im lateinamerikanischen «Hinterhof» musste verhindert werden.

Doch der Kampf gegen Allende wurde schwieriger als erwartet. Im ersten Jahr der Volksfrontregierung stiegen das Bruttosozialprodukt um acht Prozent und die Industrieproduktion gar um zehn Prozent. Die Arbeitslosigkeit wurde um die Hälfte reduziert. Und in der Industrie gab es ein auf der Welt einzig dastehendes Modell der paritätischen Mitbestimmung für die Arbeitnehmer. In Chile herrschte damals «ein Gefühl des Wohlergehens», wie der unverdächtige Zeuge Pinochet in seiner Biographie schreibt — nicht ohne hinzuzufügen, dieses sichtbare Ergebnis von Lohnerhöhungen und Preiskontrollen sei «ein sorgfältig vorbereiteter und kalt

ausgeführter Plan» gewesen, «um den Weg frei zu machen für eine Politik der Gewalt und des Bürgerkriegs», eine «hundsgemeine Verschwörung zum Verrat am Vaterland» (zit. nach «Der Spiegel» vom 17. März 1980).
So ähnlich sah es wohl auch die US-Regierung, als die chilenischen Kupferminen verstaatlicht wurden. Das amerikanische Kapital revanchierte sich auf seine Weise, indem es an den Börsen von New York und London den Kupferpreis immer tiefer sinken liess. Erleichtert wurde diese Manipulation einerseits durch die Tatsache, dass nur wenige, untereinander verbundene Gesellschaften über die gesamte Kupferproduktion gebieten, und andererseits durch die grossen strategischen Kupferreserven, die es den USA erlauben, den Kupferpreis durch Lagerverkäufe tiefzuhalten. Der sinkende Kupferpreis brachte die Regierung Allende um das Kapital, das für die notwendigen Investitionen auf dem Agrarsektor und in den Schlüsselindustrien erforderlich gewesen wäre. Hinzu kamen die Sperrung aller amerikanischen Kredite — mit Ausnahme der grosszügigen Militärhilfe! — und die Kreditsperre, die von der US-Regierung bei der Weltbank durchgesetzt wurde. (Auch die Schweiz gewährte Chile keine langfristigen Kredite mehr, sondern nur noch reduzierte kurzfristige Exportkredite.)
Der gewaltsame Umsturz war jedoch nicht die Folge dieser wirtschaftlichen Schwierigkeiten, genauer: dieser gezielten Destabilisierung der chilenischen Wirtschaft. Aus der Sicht der Rechten erwies er sich als notwendig, weil die Unidad Popular immer weitere Bevölkerungskreise für sich gewinnen konnte. Bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 vereinigte sie bereits 44 Prozent der Stimmen auf sich, das waren fast acht Prozent mehr als noch bei den Präsidentschaftswahlen von 1970. Auch der Kupferpreis liess sich nicht ewig tiefhalten. Nein, die ökonomische Aggression der USA hatte ihr Ziel nicht erreicht. Andere Mittel mussten eingesetzt werden.
Bekannt geworden ist der Versuch des nordamerikanischen ITT-Konzerns, den CIA mit einer Million Dollar zu unterstützen, damit dieser ein wirtschaftliches Chaos in Chile anrichte. Das grösste «Verdienst» um die ökonomische Destabilisierung des Landes aber kam den Lastwagenbesitzern zu. Sie traten in einen politischen Streik, der die gesamte Versorgung des 4000 Kilometer langen Landes lahmlegte. Die Streikkasse wurde aus amerikanischem Kapital gespeist. Das Geld floss so reichlich, dass die Camionneure wesentlich mehr verdienten, wenn sie streikten, als wenn sie arbeiteten... Dass der Umsturz selbst nicht ohne das Einverständnis der USA erfolgt ist, bestreiten nur sehr naive oder sehr interessierte Gemüter.
Was der 11. September 1973 lehrt und veranschaulicht: Die Abhängigkeit des Kupferproduzenten Chile von den USA liegt in einem weltwirtschaftlichen System begründet, das den gewinn aus der Verarbeitung billiger Rohstoffe bei den Industrieländern konzentriert, die einerseits ihre Produkte wieder an die Rohstoffproduzenten verkaufen und andererseits das so akkumulierte Kapital wieder in der Dritten Welt investieren. In den Staaten Lateinamerikas gibt es angesichts dieser Abhängigkeit keine nationale Befreiung ohne die Sozialisierung des ausländisch beherrschten Eigentums an den Produktionsmitteln. Und es gibt hier auch keine funktionierende politische Demokratie, solange die Politik der einzelnen Länder nicht in diesen selbst, sondern in den USA oder in den von den USA beherrschten internationalen Institutionen wie der Weltbank entschieden wird.

2. *Die Armee als Instrument im Klassenkampf*

Allendes grösster politischer Fehler war seine Leichtgläubigkeit gegenüber der

Armee, auch gegenüber Pinochet persönlich, vor dessen Umsturzplänen er durch den Sozialistenchef Carlos Altamirano gewarnt wurde. Allende und mit ihm Tausende von Chileninnen und Chilenen bezahlten diesen Fehler mit dem Leben. Am 11. September schlugen die Militärs mit einer Brutalität zu, die schlagartig die angebliche Verfassungstreue und politische Neutralität der chilenischen Armee Lügen strafte. «Chile muss vom bösen Geschwür des Marxismus befreit werden», verkündete Pinochet nach dem Umsturz. Die Armee hatte nicht die Demokratie, sondern die Interessen des Besitzbürgertums zu schützen.

Gewiss, wenn die Armee die Verfassung in gleichem Masse respektiert hätte, wie die Unidad Popular es tat, wäre das chilenische Modell eines demokratischen Sozialismus vielleicht zu retten gewesen. Aber kann man eine derartige Loyalität von Offizieren erwarten, die nach Herkunft und Interessenlage selbst zur Bourgeoisie gehören? In der Tat: Revolutionäre Staaten wie ursprünglich Mexico, später Kuba und heute Nicaragua mussten erst einmal die herkömmlichen Militärapparate zerschlagen und eigene Volksarmeen bilden, bevor sie ihre nationale und soziale Befreiung militärisch durchsetzen oder verteidigen konnten. In den drei genannten Staaten hat die Revolution die Waffen an das Volk abgegeben. Wo dies nicht geschah, wie in Guatemala oder Chile, erwies sich die Armee regelmässig als Instrument bürgerlicher Klassenherrschaft und stürzte die vom Volk gewählten Linksregierungen.

Wird damit die These von der Unvermeidbarkeit gewaltsamer Revolutionen beim Übergang von feudal-kapitalistischen Verhältnissen zum Sozialismus bestätigt? Ist Allendes Schicksal der endgültige Beweis gegen einen demokratischen Weg zum Sozialismus? Muss die Dritte Welt ihre revolutionären Vorbilder bei Lenin, Ché Guevara und Mao suchen? Es steht uns nicht an, jene zu verurteilen, die in der Notwehrsituation eines Terror- und Folterregimes glauben, töten zu müssen, damit das Morden aufhört. Und dennoch: Die Spirale der Gewalt kann die Authentizität der Revolution nicht verbürgen. Gewaltfreier Widerstand, der das grausame Spiel der Militärs nicht mitspielt, ihrer Logik widerspricht, ihr innenpolitisches Feindbild Lügen straft, ihrer Ideologie der nationalen Sicherheit auch noch den letzten Schein einer Rechtfertigung entzieht, ist revolutionärer als blutige Gegengewalt, ist der Weg des grössten, nicht des geringsten Widerstandes, ist das Mittel, das dem Ziel nationaler und sozialer Befreiung am ehesten entspricht, es am glaubwürdigsten vorwegnimmt und vertritt.

Heute wird das Regime in Chile denn auch nicht durch bewaffnete Gewalt, sondern durch das im Widerstand gegen die Diktatur geeinte Volk in Bedrängnis gebracht. Vor allem in den Elendsvierteln, den «poblaciones», haben sich spontane Strukturen des Überlebens und des Widerstandes gebildet, die dem unterdrückten Volk zu einer gewaltfreien und gerade darum wirksamen Gegenmacht verhelfen.

An diese Gegenmacht muss der demokratische Wiederaufbau Chiles anknüpfen. Sie und nicht die Armee wird das Rückgrat der kommenden nationalen und sozialen Befreiung sein. Hoffen wir, es gelinge dieser neuen Volksbewegung, die Armee in die Schranken zu weisen und sie von weiteren Interventionen in die demokratischen Entscheidungsprozesse abzuhalten. Mehr noch: Die Abschaffung der Armee wäre die eigentliche Konsequenz, die sich nach dem 11. September aufdrängen müsste.

Der gewaltfreie Widerstand darf sich aber nicht auf Chile beschränken. Wenn es die kapitalistischen Metropolen sind, die einen 11. September möglich machten, dann muss der Kampf für die Befreiung der Drittweltländer eben auch in

diesen Metropolen geführt werden. Vor allem in den USA müsste eine Volksbewegung — ähnlich der Friedensbewegung — entstehen, die nicht länger duldet, dass die eigene demokratisch gewählte Regierung die nationale und soziale Befreiung in Lateinamerika abwürgt und mit rechtsextremen Folterdiktaturen kollaboriert. Diese Volksbewegung müsste zugleich für eine neue Weltwirtschaftsordnung eintreten, die es auch einem kleinen Land wie Chile erlauben würde, in Freiheit den Weg seiner Wahl zu gehen und aus demütigender Abhängigkeit auszubrechen.

3. *Die demokratische Unzuverlässigkeit der katholischen Kirche*

Am 11. September 1973 trat leider auch ein erschreckendes Demokratiedefizit in der chilenischen Kirche zutage. Weit davon entfernt, den blutigen Staatsstreich zu verurteilen, rief sie vielmehr zur Unterstützung der Junta auf. «Die Bischöfe vertrauen dem Patriotismus und der Interessenlosigkeit jener, die nun die schwere Aufgabe der Macht übernommen haben», hiess es in einer Erklärung, die Kardinal Silva Henriquez nach dem Putsch im Namen des Episkopats veröffentlichte. Das Regime erhielt bei seinem Amtsantritt am 18. September das gewünschte «Te Deum» (wenn auch nicht in der Kathedrale, so doch — welch ein Kompromiss! — in einer andern Kirche), und der Kardinal sorgte in seiner Predigt für ideologische Kehrtwendung: «Wir haben das Gesetz respektiert, und wenn es aufgehört hat, gerecht und wirksam zu sein, haben wir es durch ein anderes, besseres ersetzt. Wir haben die Ordnung der Unordnung vorgezogen, die Autorität der Anarchie.»

Nur zwei Tage nach dem Umsturz beeilte sich der chilenische Episkopat, auch die Bewegung «Christen für den Sozialismus» zu verurteilen, da diese versucht hätte, «Kirche und Evangelium im Dienste politischer Interessen zu manipulieren». Das Verdikt erfolgte zu einem Zeitpunkt, als unsere Freunde bereits «im Namen von Gott und Vaterland» verfolgt, in Gefängnisse geworfen, gefoltert und ermordet wurden. Priestern aus der Bewegung begegnete der Kardinal mit dem zynischen Vorwurf: «Wenn ihr euren Bischöfen gehorcht hättet, befändet ihr euch jetzt nicht in einer solch misslichen Lage.»

Gonzalo Arroyo, Jesuit und Mitglied der chilenischen CfS, erhob damals aus dem Exil den schwerwiegenden und schmerzlichen Vorwurf: «Die Kirche ist heute dabei, ein Gewaltregime zu legitimieren, um einige gute Beziehungen mit der neuen Regierung zu erreichen. So legitimiert man die brutalste Überschreitung der Grundrechte des Menschen, was dem Evangelium völlig entgegengesetzt ist, was völlig unchristlich ist. So stelle ich mir die herzzerreissende Frage, auf die ich keine Antwort finde: Bis zu welchem Punkt ist eine Treue zur hierarchischen Kirche vereinbar mit der Treue zum Evangelium?»

Erst ab Ostern 1974 begann sich der chilenische Episkopat vorsichtig von den Terrorpraktiken der Junta zu distanzieren, nicht aber von der Militärdiktatur an sich, nicht von dieser institutionellen Leugnung aller demokratischen Grundwerte. Das ist bis zum heutigen Tag so geblieben, auch wenn die Kritik gegenüber dem Regime an Schärfe zunimmt, in einer jüngsten Erklärung der 33 chilenischen Bischöfe z.B. nicht mehr nur «die Missachtung der menschlichen Würde, die Misshandlung von Häftlingen, die Verbannung» verurteilt wird, sondern auch der «zügellose Wirtschaftsliberalismus, die Spekulation anstatt ehrenwerter Arbeit und die Verschwendungssucht der reichen Minderheit im Gegensatz zum Elend der Volksmehrheit».

Was uns am politischen Verhalten der chilenischen Kirche am meisten empört, ist die opportunistische, nur auf die eigenen Privilegien bedachte Anbiede-

rung an die politische Macht an sich, gleichgültig ob diese demokratisch legitimiert sei oder auf diktatorischer Gewalt beruhe. Auf eine Position strikter Neutralität gegenüber der Regierung zog sich die Kirche erst zurück, als die Unidad Popular an die Macht kam und die Hierarchie ihre Privilegien, insbesondere aber die Herrschaft der sie prägenden Oberschicht bedroht sah. Den Konservativen unter Jorge Alessandri und später den Christlichdemokraten unter Eduardo Frei hatte die Kirche noch jede erdenkliche Wahlhilfe zukommen lassen, bis hin zu den Heiligenbildchen, die zusammen mit Nahrungsmitteln an die Armen verteilt wurden und vor der «kommunistischen Gefahr» warnten. Und selbst die an bestialischer Grausamkeit kaum mehr zu überbietende Junta erhielt am 11. September 1973 einen klerikalen Vertrauensvorschuss, wie ihn die demokratisch gewählte Regierung Allende umsonst erwartet hätte.

Die politische Lauheit und Gleichgültigkeit der Hierarchie gegenüber dem demokratischen Staat, ihre Distanz gegenüber der demokratischen Entscheidung eines Volkes für den Sozialismus und ihre Zustimmung zu einem blutigen Staatsstreich gegen diesen Volkswillen, dies alles gehörte zur dringend notwendigen Vergangenheitsbewältigung der katholischen Kirche — nicht nur in Chile.

(Abgeschlossen am 25. August 1983)

Appell für die Opfer der Gewaltherrschaft in Chile

Weil ich selber eine grosse Freiheit und weitgehende Achtung der Menschenwürde geniesse, will ich mich durch folgende Aktionen für die Opfer der Gewalt- und Terrorherrschaft in Chile einsetzen;

1. *Ich appelliere an die SIG-Direktion, sich auf die Situation von Tausenden von verfolgten Männern, Frauen und Kindern und ihre Not und Verzweiflung zu besinnen und den Lizenzverkauf zur Herstellung des Sturmgewehres zu annullieren.*
2. *Ich appelliere an den Bundesrat, an Parlamentarier, an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund und an unsere höchsten kirchlichen Behörden, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, dass Lizenzverkäufe zur Herstellung von Kriegsmaterial im Ausland durch wirksame Gesetze ver unmöglicht werden.*
3. *Ich faste während der nächsten Monate an einem Tag pro Woche und überweise regelmässig einen entsprechenden Spendenbeitrag mit Vermerk «Nothilfe in Chile» an eines der bekannten Schweizer Hilfswerke.*

Bitte schicken Sie diesen Appell mit Namen und Adresse an:

— *Schweiz. Industriegesellschaft, Direktion, Industriepl., 8212 Neuhausen a.Rh.*
— *Gesamtbundesrat, Bundeskanzlei, 3000 Bern*
— *Schweiz. Gewerkschaftsbund, Monbijoustr. 61, 3007 Bern*
— *Schweiz. Bischofskonferenz, av. Moléson 30, 1700 Fribourg*
— *Schweiz. Evangelischer Kirchenbund, Sulgenauweg 26, 3007 Bern*

Florian Flohr

Chile oder das Ausmass kapitalistischer Zerstörung

Ein Reisebericht als Brief an den Verfasser der «Zeichen der Zeit» im Septemberheft 1983

Der Verfasser des nachstehenden Briefes hat Chile in der Zeit um den 10. Jahrestag des Obristenputsches besucht. Die Reise gab ihm Gelegenheit, den im letzten Septemberheft erschienenen Beitrag «Chile am 11. September» («Zeichen der Zeit») mit der chilenischen Wirklichkeit, wie sie sich heute darstellt, zu vergleichen. Mein Beitrag war wohl zu optimistisch, was den erhofften Sturz des Pinochet-Regimes betrifft, und zu pessimistisch, was die demokratische und soziale Lernfähigkeit der katholischen Kirche — wenigstens in Chile — angeht. Im übrigen dient dieser Brief in einzigartiger und durchaus nachahmenswerter Weise der Ergänzung und Vertiefung der im vorletzten Heft erfolgten Annäherung an die chilenische Tragödie. Die «Zeichen der Zeit» zu deuten, kann niemals nur die Aufgabe eines einzelnen sein. W. Sp.

Lieber Willy

Vielen Dank für Deinen Chile-Artikel im Septemberheft 1983 der «Neuen Wege». Wie Du an das tragische Datum des 11. September erinnert hast, fand ich sehr beeindruckend und anregend.

Ich möchte Dir auf diesen Artikel eine Art «Replik» schreiben, da ich selber zum 10. Jahrestag des Putsches in Chile war. Mein dreiwöchiger Aufenthalt dort hat mir Stimmungen, Erlebnisse und Begegnungen vermittelt, die Deine Aussagen zum Teil illustrieren können, zum Teil aber auch in Frage stellen. Natürlich kann ich nach einer so kurzen Zeit keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit oder absolute Stringenz meiner Überlegungen erheben; aber ich hoffe, dass aus dem folgenden Mosaik von erzählten Erfahrungen Perspektiven ersichtlich werden, die uns bei unserer gemeinsamen Suche nach effizienten Formen der Solidarität behilflich sein können; und das ist wichtiger als eine ideologie-trächtige Kontroverse um abstrakte politische «Wahrheiten».

Zuerst kommt das Fressen, dann die Demokratie

Deine erste These zu Chile lautet: «Kapitalismus und Demokratie sind letztlich unvereinbare Gegensätze.» Du zeigst am chilenischen Beispiel sehr anschaulich, wie ein Demokratieverständnis scheitern muss, das die Wirtschaft — als Domäne der Bereicherung und Ausbeutung, der Herrschaft und Unterdrückung — vom Prinzip der gemeinsamen Entscheidung aller Menschen über Formen und Ziele des Zusammenlebens ausschliesst.

Was aber die Menschen in den Poblaciones (Armenvierteln) Santiagos bewegt, gegen Pinochet und seine Diktatur zu demonstrieren, ist meines Erachtens nicht der Wunsch nach einer politischen Demokratie, sondern — der Hunger.

Arbeitslosigkeit und Hunger zerstören die Menschen

Sehen wir uns zum Beispiel die Poblacion «Amerigo Vespucci» im Norden Santiagos an. Hier sind 60-70 Prozent

der Bevölkerung arbeitslos. Wer auch im Mindestarbeitsprogramm der Regierung keine Anstellung findet, muss sich mit Betteln, Prostitution oder dem Strassenverkauf durchschlagen. Letzteres bedeutet, täglich zehn bis zwölf Stunden um einen Verdienst von vielleicht 30 oder 50 Pesos (35 Pesos = 1 Schweizerfranken) kämpfen; mit ein paar Täfelchen Schokolade, einigen billigen Küchenmessern, einem Bündel Blumen oder einem Stapel Zeitungen in einen Bus einsteigen, die Ware anpreisen, meist erfolglos; an der nächsten Haltestelle wieder raus, in den nächsten Bus — ach nein, da ist ja schon jemand andres drin zum Verkaufen... So kann man in Santiago kaum von einer Strassenecke zur nächsten fahren, ohne dass solche fliegenden Händler in den Bus steigen.

Andere versuchen ihr Glück in der Innenstadt: In der über einen Kilometer langen Fussgänger-Geschäftsstrasse «Paseo Ahumada» stehen sie auf beiden Seiten dicht gedrängt. Das Konzert ihrer Stimmen klingt wie das Lärmen einer grossen Manifestation. Ihr kleines Warensortiment haben sie auf einem Bogen Packpapier ausgebreitet; man muss jederzeit schnell verschwinden können, wenn die Carabineros (Polizei) kommen. Denn wer ohne den — für die Pobladores unerreichbaren — Gewerbeschein angetroffen wird, landet für vierzehn Tage im Gefängnis.

Ein junger Vater kann dann am Abend vielleicht ein Kilo Brot (45 Pesos) für seine Familie kaufen und auch etwas Tee, der zum chilenischen Nachtmahl gehört. Dass er aber Zucker zum Süssen des Tees oder gar Milch — die für die Kinder so wichtig wäre — mitbringt, ist schon viel seltener. An manchen Tagen gibt es gar nichts. Eine verzweifelte Mutter sagt mir:

«Mein Mann und ich sind schon lange arbeitslos. Jetzt sind es schon wieder vier Tage, dass wir gar kein Geld mehr haben. Ich kann meinen drei Kindern nichts zu essen geben. Wenn ich eine Pistole hätte, würde ich Pinochet sofort umbringen. Ob ich mit meiner Familie langsam am Hunger krepiere oder von Carabineros erschossen werde, ist mir egal.»

Die tägliche Frustration im Überlebenskampf erzeugt Agressionen, die sich in verschiedener Form entladen. Die Leiterin eines Kindergartens berichtet:

«Vor dem Nationalfeiertag war es besonders schlimm. Die Leute möchten wenigstens an diesem Tag feiern können, sich und ihrer Familie etwas Gutes gönnen. Und wenn sie dann den ganzen Tag in der Innenstadt gewesen sind und nichts verkauft haben, todmüde und total frustriert nach Hause kommen, dann lassen sie ihre Enttäuschung an den Schwächsten aus; wir mussten in den Tagen vor dem 18. September einige Kinder mit schweren Misshandlungen in unsere Erste-Hilfe-Station aufnehmen. Andere Leute verkaufen ihre ganze Habe, Matratzen, Bettgestelle, Schuhe, an andere Pobladores, nur um sich an diesem Fest etwas leisten zu können. Ans Nachher denken sie nicht...»

Den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Mindestarbeitsprogrammen geht es nicht wesentlich besser. Ihr «Lohn» von 2000 beziehungsweise 4000 Pesos (letzteres für Haushaltsvorstände) reicht allein kaum aus, um die Nahrung für eine durchschnittliche fünfköpfige Familie zu sichern. Für den Staat aber ist es ein lohnendes Geschäft, Menschen für 60 beziehungsweise 120 Franken im Monat arbeiten zu lassen. Strassen, Kanalisation und Parkanlagen können auf diese Weise billig erstellt werden.

«Chile wird ein Land voller Blumenbeete und voller Verhungernder sein», sagte mir einmal ein Gewerkschafter. Und eine Angestellte in diesem Programm beklagt sich:

«Früher war es wenigstens nicht so streng mit der Arbeitszeit; manchmal waren es nur drei Stunden am Tag. Jetzt gibt es Inspektoren, die überwachen, ob wir sieben Stunden am Tag arbeiten. Frei bekommen wir nur, wenn eine Demon-

stration für die Regierung stattfindet. Manche Leute haben da auch schon Schuhe geschenkt bekommen, weil man die Leute ja nicht gut ohne Schuhe für eine Junta marschieren lassen kann, die Wohlstand und Ordnung schafft. Wer nicht kommt, wird kurzerhand entlassen.»

Eine gefährliche Mischung aus Angst, Verzweiflung und Wut

Es grenzt an ein Wunder, dass aus dieser Situation heraus dennoch Menschen Widerstand leisten, ja dass sie sogar am entschiedensten dazu beitragen. Die «Demokratische Allianz», von der Du, lieber Willy, in Deinem Artikel sprichst, spielt zwar beim Protest auch eine Rolle; vor allem für den Mittelstand. Aber sie vertritt kaum die Interessen derjenigen, die die Massenbasis für die Protesttage bilden: die Pobladores. Alle unsere Gesprächspartner, die in den Poblaciones arbeiten, reden von einer tiefen Kluft zwischen Politikern und Pobladores; nach dem jetzt zehn Jahre andauernden Verbot politischer Parteien muss man sich über diese Entfremdung zwischen politischen Führern — die zudem meist im Exil waren — und Volksbasis nicht wundern.

Die Alianza Democratica fordert die Aufhebung des Ausnahmezustandes, Wiederherstellung politischer Rechte und ein Parteiengesetz. «Das interessiert *die Pobladores herzlich wenig»,* meint Roberto[1], technischer Leiter einer kirchlichen Solidaritätsorganisation. *«Sie wollen Arbeit und Brot, und dafür demonstrieren sie. Eine Regierung, die die Wirtschaft so schnell umstrukturieren kann, dass sie diesen Forderungen gerecht wird, ist nicht in Sicht. Die katastrophale Verschuldung zwingt uns in die totale Abhängigkeit von ausländischen Gläubigern; zugleich aber ist unsere heimische Industrie so kaputt, dass wir gar nicht wissen, womit Schulden zurückbezahlt werden sollen. Ausserdem hat die Regierung die Landwirtschaft — bis auf den Exportsektor — so verkommen lassen, dass wir uns in absehbarer Zeit selber nicht mehr mit den wichtigsten Gütern versorgen können. Weitere Konflikte, auch nach einer 'demokratischen Öffnung', sind also vorprogrammiert.»*

Lieber Willy, ich möchte aufgrund meiner Erlebnisse Deine These von der Unvereinbarkeit zwischen Kapitalismus und Demokratie in Bezug auf die chilenische Situation folgendermassen umformulieren beziehungsweise zuspitzen: Dass die Wirtschaft eines Landes so organisiert wird, dass die Grundbedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger befriedigt werden können, ist vorrangig vor einer formalen demokratischen Struktur. Demokratie muss also auf der gemeinsamen Entscheidung über Produktion und Verteilung der lebensnotwendigen Güter basieren.

Und insofern möchte ich Dir widersprechen, wenn Du meinst, dass «die Tage der Tyrannei... gezählt sind». Zwar kann es sein, dass Pinochet eines Tages gestürzt wird, zumal auch die US-Regierung seinen brutalen Stil in Wirtschaft und Politik nicht mehr für opportun hält; es scheint mir allerdings noch ein langer Weg zu sein, bis die Bewegung der Pobladores und Gewerkschafter Aktionsformen (z.B. Generalstreik) findet, um das Bündnis von Armee, Carabineros und Geheimpolizei zu sprengen, die Pinochet durch Verstrickung in seine Schuldgeschichte geeint hat. Aber es ist überhaupt keine politische Lösung in Sicht, die es erlauben würde, die Tyrannei der multinationalen Konzerne und Gläubigerbanken zu durchbrechen, die auch jede «demokratische» Regierung unterjochen würden.

So bleibt die Befürchtung, die viele chilenische Freunde mir gegenüber ausgesprochen haben, wohl noch lange Zeit gültig: dass die Mischung aus Verzweiflung über Hunger und Arbeitslosigkeit und Angst vor der brutalen Repression

1) Name geändert — F.F.

sich in den Poblaciones als so explosiv erweist, dass sie die Grenzen gewaltfreien politischen Handelns sprengt. Und das hätte nicht wie in Mittelamerika einen Bürgerkrieg zur Folge, sondern ein Blutbad unter den Pobladores, die keine Waffen haben. Die Angst davor, dass die vielen Menschen, die mich in den Poblaciones so gastfreundlich aufgenommen haben, bald einem solchen Blutbad zum Opfer fallen könnten, ist nach dieser Reise die stärkste Motivation für mein Chile-Engagement geworden. Nur wenn wir es schaffen, die Macht hiesiger Zentren von Profitinteressen zu schwächen, entsteht ein Freiraum für soziale Gerechtigkeit, den unsere Freunde in Chile nutzen können. Jede noch so kleine Aktion, die über Formen kapitalistischer Lebenszerstörung informiert und ein Projekt gesellschaftlich organisierten Teilens dagegenstellt, trägt dazu bei.

Die Kirche ist das Haus der Armen

Meine Schwierigkeiten mit Deiner dritten These, lieber Willy, dass die katholische Kirche (noch) keine zuverlässige Sachwalterin der Demokratie sei, rühren sicher nicht daher, dass ich Deine Analyse über das Verhalten der Hierarchie zur Zeit des Putsches nicht teilte. Ich habe dabei am deutlichsten gemerkt, dass Du im ganzen Artikel vor allem an einer — sehr notwendigen — Auffrischung der Ereignisse aus dieser Zeit interessiert bist.

Mir geht es im folgenden keineswegs um eine konfessionell oder sonstwie apologetisch bestimmte Rechtfertigung der katholischen Kirche. Nur meine ich, dass Teile der chilenischen Kirche einen Lernprozess durchgemacht haben, der nicht unerwähnt bleiben kann, ohne die kirchliche und politische Realität Chiles verzerrt darzustellen. Es könnte nämlich der Eindruck entstehen, als gäbe es in Chile keine Bündnispartner innerhalb der katholischen Kirche, die man in ihrer Arbeit unterstützen könnte. Dem möchte ich entgegenwirken.

Das Problem Fresno

In einem möchte ich Dir allerdings zunächst rechtgeben: Die *Hierarchie* der katholischen Kirche ist keine zuverlässige Sachwalterin der Rechte der Armen. Die zentrale Entscheidungsgewalt des Papstes verhindert es nämlich oft, dass der Lernprozess der Bischöfe mit dem leidenden und kämpfenden Volk weitergeht. Kardinal Silva Henriquez kritisierst Du zurecht wegen seiner Haltung zum Putsch; in den Jahren seit 1975 hat er sich aber so sehr zum Anwalt von Gerechtigkeit und Freiheit für das Volk entwickelt, dass er von Mitgliedern der Basisgemeinden und anderen engagierten Christen und Nichtchristen in seinem beeindruckenden Abschiedsgottesdienst anfangs Jahr mit dem Ruf gegrüsst wurde, der früher bestimmten Unidad-Popular-Politikern galt:

«Raul, amigo, el pueblo esta con tigo» — Raul, Freund, das Volk ist mit Dir.

Das Interesse des polnischen Papstes, in allen Ländern der Welt — ausser den kommunistisch regierten — «Frieden» zwischen Kirchenleitung und Regierung zu haben, damit sein Modell einer spiritualistischen und individualmoralistischen Kirche in Ruhe gelebt werden kann, hat dieser Rolle des Bischofs von Santiago durch die Ernennung von Mons. Fresno, zumindest vorläufig, ein Ende gemacht.

Bischof Fresno kommt aus dem Provinzstädtchen «La Serena» in die Vier-Millionen-Stadt Santiago. Ohne theologisches und politisches Instrumentarium zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation des Landes ist er den Vereinnahmungsversuchen der regierungsfreundlichen Massenmedien voll ausgeliefert. Meldungen wie: «Fresno verurteilt politische Demonstration von Priestern» oder «Fresnos Bitte um R. Seguels Freilassung erfolgreich», rücken den Oberhirten Santiagos in die Nähe der Militärdiktatur. Fresno wird auch von Juntageneral Merino als «Mann Gottes» be-

zeichnet, was voraussetzt, dass Fresnos Gott sich an rücksichtslosen Polizeieinsätzen, an Folter und politischem Mord nicht stören darf.

Andererseits hat Fresno die «Vicaria de la Solidaridad» nicht angetastet und auch alle seine Stellvertreter in den verschiedenen Zonen, die klar erkennbar den Weg mit den Armen gehen, in ihrem Amt belassen. Es bleibt also noch Hoffnung auf einen Lernprozess.

Die Arbeit der «Vicaria de la Solidaridad»

Diese 1975 von Kardinal Silva Henriquez ins Leben gerufene Menschenrechtsorganisation der katholischen Kirche arbeitet meines Erachtens vorbildlich: ökumenisch und offen für Nichtchristen, an den realen Problemen der Menschen orientiert und — neben konkreter juristischer, medizinischer und materieller Hilfe — auf Bewusstseinsbildung ausgerichtet. Am 5. Protesttag und in der Zeit danach (8.-11. September) herrscht in der «Vicaria» Hochbetrieb. Vor den Büros der Rechtsanwälte und vor den Behandlungsräumen der Ärzte und Psychologen bilden sich lange Schlangen. Viele Verletzte mit notdürftigen Verbänden suchen hier Zuflucht, da sie mit der Auskunft über den Ursprung der Verletzung (Übergriffe der Polizei bei Demonstrationen) in einem normalen Spital die sofortige Verhaftung als Rädelsführer riskieren.

Zur Vorbereitung auf die Protesttage hat die «Vicaria» diesmal in grosser Auflage Faltblätter herausgegeben, die konkrete Hinweise zum Verhalten gegenüber der staatlichen Repression geben. «In welchem Kommissariat beziehungsweise Gefängnis finde ich meinen verhafteten Freund/Verwandten wieder?» — «Was kann ich tun, wenn ein Minderjähriger verhaftet wird?» — «Was ist nötig, um Ausschreitungen bei Presse und Behörden zu denunzieren?» — «Wie richtet man eine provisorische Erste-Hilfe-Station ein?» — «Was kann man gegen die Wirkung von Tränengasbomben tun?»... Solche Fragen werden dort besprochen. Die massenhafte Verteilung der Faltblätter in den Poblaciones soll wenigstens etwas Angst und Unsicherheit abbauen helfen.

Stell Dir mal vor, Willy, europäische Bischofskonferenzen würden etwas Ähnliches für die Friedensbewegung, für Häuserbesetzungen, AKW-Demonstrationen etc. herausgeben...

Die Basis ist zuverlässig

Die Arbeit der «Vicaria de la Solidaridad» und anderer Organisationen wäre unmöglich ohne die vielen Mitglieder von Basisgemeinden und christlichen Gruppen, die die biblische Befreiungsbotschaft konsequent in den Alltag der Poblaciones übersetzen.

Stellvertretend für sie alle möchte ich zum Schluss Martha zu Wort kommen lassen. Martha ist Präsidentin eines Komitees von Wohnungslosen. Ich treffe sie auf einem «campamento» (provisorische Zeltsiedlung), das zwei Tage zuvor durch eine «toma de terreno» (illegale Landnahme) begründet wurde. Gegen einen massiven Polizeieinsatz haben sich 5000 Familien (ca. 20'000 Personen) durchgesetzt und auf zwei Grundstükken mit ein paar Latten und Decken «Zelte» errichtet.

«*Es ist unser letztes Mittel*», sagt Martha. «*Die Behörden nehmen es einfach nicht ernst, wenn wir nicht auf Dauer mit zwei oder drei Familien in einer Hütte wohnen wollen, die schon für eine normale Familie zu eng wäre. Jetzt müssen sie reagieren; vorher wurden wir jahrelang vertröstet oder abgewimmelt.*»

Ich frage Martha, warum denn das «campamento» ausgerechnet «Mons. Fresno» genannt wurde. Martha erklärt:

«*Das war ein Beschluss der Delegierten der Campamento-Bezirke. Wir wollen einfach zeigen, dass die Kirche und ihr Bischof auf unserer Seite stehen müssen. Wir lassen nicht zu, dass die Kirche in eine Kirche für die Mächtigen und eine Kirche für die Armen gespalten wird.*

Die Kirche ist unser Haus, das Haus der Armen. Wenn wir uns nicht mehr in Pfarrsälen und Kirchen treffen könnten, um über unsere Probleme zu reden und Lösungen zu suchen, wo sollten wir dann hingehen? Die Kirche muss unser Haus bleiben.»

Lieber Willy, ich hoffe, dass meine bruchstückhaften Erzählungen Dir etwas von meinen Eindrücken vermitteln konnten. Gerade weil meine Erfahrungen mich wenig Positives für Chiles nächste Zukunft erwarten lassen, hoffe ich um so mehr, dass wir bei der Suche nach immer *neuen Wegen* der Solidarität mit diesem Volk weiter vorankommen.

Herzliche Grüsse
Dein Florian

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Reagans «drängende Wut»

Dass «die eigentlichen Rechtsbrecher und Chaoten diejenigen» sind, «die demnächst Pershing-2-Raketen stationieren wollen, und nicht diejenigen, die dieser Stationierung Widerstand leisten», dieser Satz in den letzten «Zeichen der Zeit» war kaum gedruckt, als er auch schon bestätigt wurde, wenngleich auf einem ganz andern Schauplatz: Mit ihrer Invasion auf Grenada demonstrierte die amerikanische Regierung vor aller Welt, dass sie das Völkerrecht nur solange respektiert, als dieses ihren Interessen nützt.

Nachdem am 25. Oktober 2000 amerikanische Fallschirmjäger und weitere 300 Alibisoldaten «aus sechs karibischen Demokratien» (Reagan) das Eiland von der Grösse des Kantons Nidwalden gestürmt hatten, markierte selbst die NZZ Distanz zum amerikanischen Präsidenten: «Reagan hat mit seiner Präventivaktion, die ohne Zweifel ein Rechtsbruch ist, das Spiel jener Propaganda erleichtert, die ihn als 'schiesswütig' und als globales Sicherheitsrisiko hinstellt» (29./30. Oktober). Uns religiösen Sozialisten geht es bei dieser Kritik an der US-Regierung freilich nicht um Propaganda, sondern um bittere Wahrheit, und auch nicht um Spiel, sondern um jenen Ernst, der allein der zunehmenden Bedrohung der Menschheit angemessen ist.

Das gebrochene Völkerrecht

Aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts klaubte Reagan das Argument hervor, die Invasion hätte dem Schutz der amerikanischen Staatsbürger auf Grenada gedient. Er sah dabei geflissentlich über das heutige Völkerrecht hinweg, das solche Selbsthilfeaktionen nicht mehr zulässt. Hinzu kommt, dass die Fakten die Behauptung des US-Präsidenten widerlegen. Keinem Amerikaner wurde auch nur ein Haar gekrümmt. Noch am Tage vor der Invasion konnten US-Bürger ungehindert aus Grenada ausreisen. Wenn etwas das Leben dieser Menschen gefährdete, dann war es der alles andere als «brillante Feldzug» (Reagan), bei dem die US-Truppen eigene Einheiten beschossen und erst noch eine psychiatrische Klinik bombardierten.

Gleichzeitig verkündete Reagan die ganz neue, dem geltenden Völkerrecht Hohn sprechende Doktrin, dass der bewaffnete Angriff auf ein anderes Land auch zur Wiederherstellung der «De-